

1 **Antrag der Abteilung 12, Friedrichshain-Kreuzberg, SPD Berlin**

2 **Beschluss auf der Abteilungsversammlung am 25.08.2016**

3 **Keine Schulprivatisierung**

4 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

- 5 • Der Sanierungsrückstand an den Berliner Schulen, der mindestens 1,2 Mrd. Euro beträgt, ist in  
6 der kommenden Legislaturperiode vollständig abzubauen  
7
- 8 • Neubauten sind so auszulegen, dass sie eine durchschnittliche Nutzungsdauer von wenigstens 75  
9 Jahren haben  
10
- 11 • Gebäude sind mindestens so zu erhalten, dass der Erhalt einem Neubau alle 75 Jahre entspricht.  
12 Technische Gebäudeausrüstung und Anlagen wie Heizung, Lüftung, sanitäre Anlagen,  
13 Klassenzimmerausstattung, Fachraumausstattungen, Schulcomputer etc. sind entsprechend ihrer  
14 durchschnittlichen Nutzungsdauer zu erhalten bzw. zu erneuern.  
15
- 16 • Alle Baumaßnahmen sind an den tatsächlichen Bedarf anzupassen. SchülerInnen, Eltern,  
17 LehrerInnen und AnwohnerInnen sind intensiv in die Bedarfsermittlung einzubeziehen.  
18
- 19 • Sanierung, Ausbau, Neubau und Erhalt erfolgen durch öffentliche Verwaltungen und im  
20 öffentlichen Recht.  
21
- 22 • Die Finanzierung erfolgt aus Haushaltsmitteln. Jeder Einbezug privaten Kapitals, sei es über  
23 Öffentlich-private Partnerschaften, langjährige Betreiberverträge oder privatrechtliche  
24 Infrastrukturgesellschaften sind zu unterlassen  
25
- 26 • Die Verantwortung für Schulsanierung, -ausbau, -neubau und -erhalt liegt bei den Bezirken.  
27 Dazu sind die Bezirke vom Senat finanziell und personell hinreichend auszustatten.

28 **Begründung**

29 *Massive Folgen des Sanierungsstaus*

30 Der Zustand der Schulen in Berlin ist vielerorts mehr als bedenklich. Der Sanierungsstau an den  
31 Berliner Schulen von geschätzten 1,2 Mrd. Euro bewirkt mittlerweile erhebliche  
32 Leistungseinschränkungen. Es mussten in den letzten fünf Jahren bereits Schulen wegen eines  
33 mangelbehafteten baulichen Zustands geschlossen werden. In vielen Schulen ist wegen des  
34 baulichen Zustands die Lernqualität eingeschränkt, teilweise verursacht der bauliche Zustand  
35 Unterrichtsausfälle und (mittelbar) eine Verschlechterung der hygienischen Verhältnisse.

36 *Schulen gehören zur Daseinsvorsorge*

37 Schulen sind durch die öffentliche Hand nicht nur bereitzustellen, sie müssen auch kontinuierlich in  
38 einem Zustand erhalten werden, der allen gleichermaßen und durchgehend hinreichende  
39 Bildungsmöglichkeiten eröffnet. Dieser Daseinsvorsorgeauftrag ergibt sich aus dem Grundgesetz.

40 Danach ist auch die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu gewährleisten. Es kann nicht  
41 hingenommen werden, dass es Bereiche in der Stadt gibt, in denen die nächste Schule in baulich  
42 zumutbarem Zustand 5 oder sogar 10 km entfernt liegt.

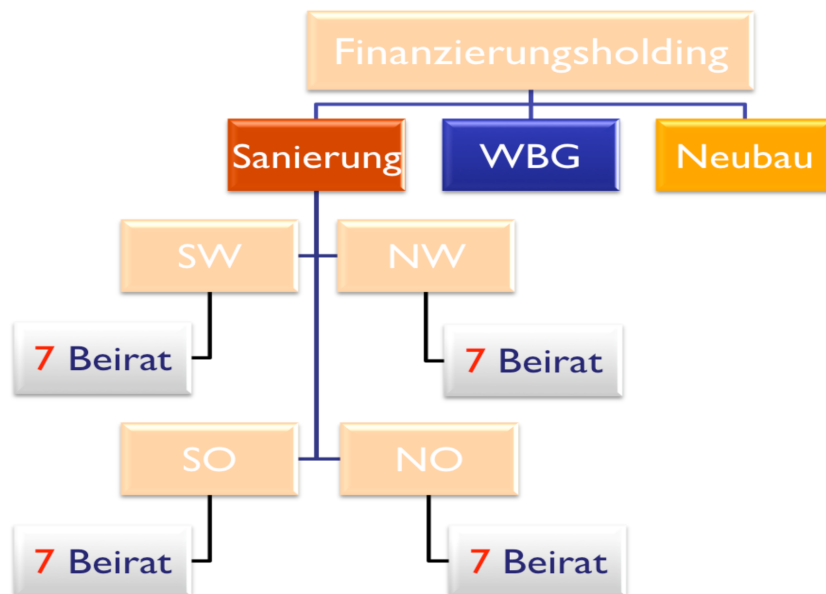
43

44 *Aus der Sparpolitik nicht eine Privatisierungspolitik ableiten*

45 Die Sparpolitik in Bezug auf die Berliner Schulen war falsch und unverantwortlich. Mehrere Jahrgänge  
46 hatten bestenfalls trotz des Zustands der Gebäude eine gerade noch hinreichende Schulausbildung.  
47 Wie viele sich unter anderem wegen verfallenden Schulen aus dem Bildungssystem verdrängen  
48 ließen, lässt sich nachträglich kaum ermitteln, aber aller Voraussicht nach waren die sozial  
49 schwachen Gruppen in diesem Prozess fraglos besonders betroffen. Die Sparpolitik hat auch  
50 erhebliche Mehrkosten verursacht, denn nun sind aus kleinen Reparaturen, die zeitnah durchgeführt  
51 nur jeweils einige zehn- oder hunderttausend Euro gekostet hätten, teure Grundsanierungen  
52 geworden, die jede für sich mehrere Millionen Euro kosten wird. Nun muss die SPD schleunigst dafür  
53 sorgen, dass die Zustände in den Schulen wieder ein Niveau erreichen, die dem Auftrag des  
54 Grundgesetzes und erstrecht sozialdemokratischen Maßstäben gerecht werden. Dabei ist zu  
55 verhindern, dass alte Fehler neue Fehler begründen: So sind die Vorschläge der AG Schule vom  
56 8.7.2016 zur Auflösung des Sanierungsstaus rundweg abzulehnen, sie wären ein weitreichender  
57 Einstieg in die Schulprivatisierung.

58 *Eine Finanzholding mit einem undurchsichtigen Firmengeflecht*

59 Es sollen des Vorschlags der AG Schule vom 8.7.2016 die Schulsanierung und der Schulneubau auf  
60 Landesebene zentralisiert werden, um dann über ein komplexes Konstrukt aus acht privatrechtlichen  
61 Gesellschaften überführt zu werden:



62

63 Sieben neue Aufsichtsräte, sieben neue Vorstände, sieben weitere Geschäftsführer -derzeit liegen die  
64 Jahresgehälter für Vorstände solcher landeseigenen Gesellschaften im Durchschnitt über 325.000  
65 Euro. Dieser Vorschlag übergeht völlig, dass es eine existente Verwaltung gibt. Diese wurde  
66 geschwächt - sie muss gestärkt werden, statt sie abzuschaffen. Ein Konstrukt wie das vorgeschlagene  
67 ist zudem extrem anfällig für nachfolgende Privatisierungen. Dies umso mehr, als vorgesehen ist,  
68 dass die Gesellschaften sich in erheblichem Maße verschulden sollen. Als Sicherheiten dienen ihnen  
69 dabei (indirekt oder direkt) die Berliner Schulen. Den Schulbau den Bezirken wegzunehmen bedeutet  
70 eine kolossale Einschränkung des Rechts auf kommunale Selbstverwaltung. Das ist nur möglich mit  
71 einer Änderung der Landesverfassung.

72 *Zentralisierung statt Demokratisierung*

73 Die Erfahrungen der letzten Jahre mit zentralen öffentlichen Bauverwaltungen zeigt, dass die  
74 gewünschten Ergebnisse auf diesem Weg oft nicht erreicht wurden. Die Baustellen am BER und an  
75 der Staatsoper Berlin sind nur zwei besonders herausragende Beispiele eklatantes Versagen der  
76 öffentlichen Hand als Bauherrin. In Berlin müssen die Hausaufgaben erst einmal gemacht, die  
77 Bauverwaltung wieder ertüchtigt werden. Auch sind die Möglichkeiten zur demokratischen  
78 Mitbestimmung auszuweiten, die Transparenz ist dringend zu erhöhen. Die für die Berliner Schulen  
79 vorgeschlagene Zentralisierung wäre vor diesem Hintergrund der falsche Weg.

80 *Gezielte Umgehung der Schuldenbremse*

81 Im Papier der Schul-AG vom 8.7.2016 heißt es:

82 *„Die Kreditfähigkeit dieser Gesellschaften wird sichergestellt, ohne die Schuldenbremse zu*  
83 *verletzen. Dazu brauchen sie aber das Dach einer gemeinsamen Finanzholding auch mit*  
84 *mindestens einer größeren Wohnungsbaugesellschaft. Das EU-Verschuldungskriterium muss*  
85 *hier eingehalten sein.“*

86 *„Es geht der SPD nicht darum, die Schuldenbremse zu reißen – sondern sie einzuhalten.“*

87 Die Einhaltung der Schuldenbremse soll also durch ihre Umgehung erfolgen. Statt einer  
88 transparenten Darstellung im Haushalt sollen die Schulden in Schattenhaushalten gemacht werden.  
89 Und statt günstiger Schulden im Haushalt - derzeit zu Null Prozent Zinsen zu haben - sollen teure  
90 Schulden in Unternehmen gemacht werden, die sich nur deswegen am teuren Kapitalmarkt bedienen  
91 müssen, weil sie zur Umgehung der Schuldenbremse und der Maastricht-Kriterien so konstruiert  
92 wurden, dass sie den größeren Teil ihrer Umsätze „am Markt“ erzielen. Dieser Weg ist  
93 undemokratisch, teuer und obendrein widersinnig. Wenn man der Auffassung ist, dass die  
94 Schuldenbremse nötig ist, sollte man sie nicht umgehen. Ist man der Auffassung, die Schuldenbremse  
95 (und z.B. das Einhalten der Schuldenbremse durch Verzicht auf Investitionen) wäre schädlich, so  
96 sollte Berlin sich so äußern und im Rahmen der Möglichkeiten (z.B. im Bundesrat) auf Veränderungen  
97 hinwirken. Tatsächlich zeichnet sich mittlerweile deutlich ab, dass die Schuldenbremse eine  
98 Investitionsbremse ist. Und auch wenn die Schuldenbremse in der Verfassung steht: Man kann und  
99 darf Sinn und Unsinn dieser Regel diskutieren. Das haben so gegensätzliche Organisationen wie der  
100 DGB und der Sachverständigenrat der Bundesregierung („die fünf Weisen“) deutlich gemacht: Beide  
101 lehnen die Schuldenbremse in ihrer aktuellen Ausformulierung ab und fordern stattdessen eine  
102 Netto-Investitionsregel in Anlehnung an die bis 2009 geltende „goldene Regel“. Die Schuldenbremse  
103 aber zu umgehen statt zu kritisieren führt nicht zu einer sinnvollen Veränderung, sondern höhlt die  
104 Demokratie aus und schwächt die öffentlichen Haushalte. Im Ergebnis erhält man einen Teufelskreis  
105 aus weiteren Privatisierungen mit weiteren Kosten und Einnahmeausfällen.